Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 130. Abendblatt. Montag, den 18. März. 1867.

Deutschland.

Berlin, 17. März. (W.-Ztg.) Das Verhalten der liberalen Abgeordneten aus den neuen preußischen Landestheilen im Parlament muß der altpreußischen Demokratie sehr in die Quere gekommen sein und ihre Berechnungen total durchkreuzt haben. Wenn schon der gereizte Ton Schulze's und Dunkers in der in der Vorberathung, gegen die Braun und Miquel die unangenehme Enttäuschung ausdrückte, welcher Ton zumal bei Schulze auffiel, der seit Jahren auf volkswirthschaftlichem Gebiete diesen alten Gesinnungsgenossen so nahe gestanden, so beweist jetzt die Unruhe und Unbehaglichkeit der Presse über den vermeintlichen Abfall, welchen Strich ihr die Annektirten durch die Rechnung gemacht haben. Einige Blätter versteigen sich bis zu heftigen Vorwürfen, andere zu dem höhnischen Rufe, dies sei also der Zuwachs, den die liberale Partei aus den neuen Ländern erhalte. Eine eigenthümliche Auffassung äußert die „National-Zeitung". Nach ihrer Meinung habe das Auftreten der neuen Mitbürger nichts Befremdendes; sie hätten zum ersten Male den Staat begrüßt, dem sie jetzt angehören, und bei einer solchen Gelegenheit und mit einem solchen Zwecke würden sich eingeflochtene Bemängelungen schlecht gereimt haben; indem sie die Zufriedenheit mit den stattgehabten Ereignissen hätten an den Tag legen und mit einem ausdrücklichen Zeugniß der Anhänglichkeit an den Staat Preußen ihren Eintritt hätten einweihen wollen, wäre die Uebertreibung ihrer Freude erklärlich, die den Rednern so erlaubt sei, wie den Dichtern die Verschönerung. Wenn sie heute vielleicht noch nicht zur Genüge wissen sollten, wie eifersüchtig die Volksfreiheit in unserem Staate bewacht werden müsse, so würden sie die maßgebenden Verhältnisse, die ihnen bisher ferner lagen, schon kennen und benutzen lernen. Gegen diese Auffassung der Nationalzeitung wird es gestattet sein, einige bescheidene Einsprüche zu erheben. Mit der genannten Zeitung stimmen auch wir überein, wenn sie von dem Umstande, daß die neuen Mitbürger im Augenblick die Staatseinheit stärker betonen als die Freiheit, keine Gefahr für die liberale Sache befürchtet. Aber daß dieselben durch längeres Einleben in die preußischen Verhältnisse zu anderen Anschauungen sollten geführt werden, als sie jetzt in der Vorberathung gegen die extremen Bekämpfer der Regierungsvorlage an den Tag gelegt haben, und mit diesen zu einer Partei verschmelzen, erscheint uns als eine sehr trügliche Hoffnung. Männer wie Bennigsen, Braun, Miquel haben, obgleich sie bis jetzt außerhalb Preußen standen, die Verfassungsverhältnisse und inneren Kämpfe dieses Landes gründlich genug erfaßt und während der letzten Debatten sicher genug beurtheilt, als daß tiefere Blicke und weitere Belehrungen ihnen noch Noth thäten. Ihre Erklärungen für die Regierungsvorlage als bloße Begrüßungskomplimente im neuen Vaterlande zu betrachten, als einen Höflichkeitsausdruck, dem man die Uebertreibung nachsehen müsse, ist doch wohl sehr gewagt. Die heftigsten Debatten zwischen Dunker und Miquel, in welche schließlich die Vorberathung auslief, bekundeten einen durchaus prinzipiellen Gegensatz. Schwerlich werden die Herren aus Hannover und Wiesbaden diesen Kommentar ihres Auftretens von Seiten des Berliner Blattes ebenfalls als ein — Kompliment ansehen.

— Wie versichert wird, ist Herr v. Richthofen, preußischer Gesandter in Hamburg, zum Gesandten in Stockholm ernannt. — Belgien hat wegen der holländischen Arbeiten zur Abdämmung der Schelde, bevor die Ingenieure ihren Bericht erstattet, bis jetzt noch nicht förmlich protestirt, aber das Verfahren der holländischen Regierung zur Kenntniß Englands, Frankreichs und Preußens gebracht und als inkorrekt bezeichnet.

— Am 14. d. M. hatte eine Versammlung der „freisinnig-deutschen" Partei in Leipzig statt, welche folgende Petition an den Reichstag richtet:

Hoher Reichstag wolle sein Absehen darauf richten, daß schon jetzt und unerwartet künftiger Bundesgesetzgebung dem beregten Uebelstande (daß die Freiwilligen nur im eigenen Lande ihrer Dienstpflicht sollen genügen können) Abhülfe geschafft werde.

— Zukünftig sollen, wie die „Stb.-Z." meldet, die Mediziner ihrer einjährigen Dienstpflicht nur in Ausübung ihres eigentlichen Berufes als Aerzte genügen, da sich herausgestellt hat, daß bei der Fakultät von Berlin, dies in der einen oder andern Weise thun zu können, die meisten dieser jungen Leute ihr Jahr unter der Waffe abdienten, um bei einer Mobilmachung des zweiten Aufgebots der Einziehung zu entgehen. Infolge dieser Praxis mußte im vorjährigen Kriege der Bedarf an Aerzten theilweise aus den ältesten Jahrgängen gedeckt werden, was man durch Einführung der oben erwähnten Maßregel möglichst verhindern will.

— Wie hiesige Blätter melden, wird die preußische Kavallerie noch um einige Dragoner- und Ulanen-Regimenter vermehrt werden, um das richtige Verhältniß zwischen den einzelnen Waffengattungen im Bundesheere herzustellen. Diese Vermehrung soll mit abgeschlossenen Militär-Konventionen in Verbindung stehen.

— Das Wochenblatt des National-Vereins faßt sein Urtheil über den norddeutschen Verfassungs-Entwurf in den folgenden Sätzen zusammen: „Je aufmerksamer man sich den Verfassungs-Entwurf betrachtet und je näher man denselben mit den thatsächlichen Zuständen zusammenhält, aus denen er hervorgewachsen ist und die er zu respektiren hat, desto mehr überzeugt man sich, daß die allgemeinen Umrisse und Grundzüge desselben durchaus richtig gezeichnet sind. Daß manche Einzelheiten anders und besser hätten ausfallen können, ist dadurch selbstverständlicher Weise nicht ausgeschlossen, und daß wenigstens in einem Punkte, in dem des Budgetrechts (obgleich auch hier anerkannt werden muß, daß in der Natur der verwickelten Verhältnisse des norddeutschen Bundes selbst ungemeine Schwierigkeiten liegen, die sich nicht nach dem ABC des landläufigen Konstitutionalismus behandeln lassen), eine Ergänzung des Entwurfes als Lebensbedingung desselben gelten muß, ist in diesen Blättern bereits nachdrücklich genug betont worden. Wenn man den Maßstab der Schultheorie oder des Ideals an diesen Entwurf legt, um uns zu beweisen, daß er nicht langt, so ist das eine eitle Spielerei. Vor einer solchen Methode besteht keine Einrichtung in der Welt."

Bekanntlich wurde gleich nach der Okkupation Nassau's eine Anzahl von Beamten, gegen welche die öffentliche Meinung am entschiedensten sich auflehnte, vorläufig ihrer Aemter enthoben. Jetzt ist diese provisorische Maßregel in eine definitive verwandelt worden, indem die betreffenden Beamten mit Pension in Ruhestand versetzt wurden.

— Die national-liberale Fraktion hat zu dem Vrrfassungsentwurf 8 Amendements gestellt und zwar 7 zu Abschnitt II. und eins zu Abschnitt III.

I. Der Reichstag wolle beschließen: zu Art. 4. No. 13. zu fassen: „Die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren."

II. Der Reichstag wolle beschließen dem Art. 4. als No. 14. hinzuzufügen: „Die Feststellung der Befugnisse, welche kein Bundesstaat in Bezug auf Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht, so wie in Bezug auf die sonstigen persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte seinen Angehörigen vorenthalten darf."

III. Art. 4 No. 1 zu fassen: „Die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse, Postwesen und Fremdenpolizei uud über den Gewerbebetrieb u. s. w (wie im Entwurf)."

IV. Art. 4 Nr. 9 zu fassen: Der Schifffahrtsbetrieb und die Flößerei auf den, mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, und der Zustaud der letzteren, die Fluß- und sonstigen Wasserzölle, die Anstalten für die Seeschifffahrt (Häfen, Seetonnen, Leuchtthürme, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.)

V. Zwischen Art. 4 und 5 als neuen Artikel einzuschalten: „Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung auch solche Einrichtungen zu treffen und Maßregeln anzuordnen, welche auf andere als die im Art. 4 bezeichneten Gegenstände sich beziehen, wenn dieselben im Gesammtinteresse nothwendig werden. Der Erlaß solcher Gesetze ist an die für Verfassungsveränderungen vorgeschriebenen Normen gebunden."

VI. Der Reichstag wolle beschließen a) dem Art. 4 als Nr. 15 hinzuzufügen: 15) Das Militärwesen des Bundes und die Kriegsmarine; b) mit dem Antrage zu a) für untrennbar zu erklären und Alinea 2 zu Art. 5 (oder sonst an geeigneter Stelle) hinzuzufügen: „Bei Gesetzvorschlägen über das Militärwesen und die Kriegsmarine giebt, wenn im Bundesrathe eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht."

VII. Im Art. 4 Nr. 2 das Wort „indirekten" zu streichen.

VIII. Zu Abschnitt III.: Der Reichstag wolle beschließen: Zu Art. 7: a) in Alinea 2 die Worte „mit Ausnahme, bis „fordern" zu streichen; b) mit dem Amendement a) für untrennbar zu erklären und als besonderen Artikel an den Schluß der Verfassung zu setzen.

Art. —. Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung, jedoch ist zu denselben im Bundesrathe eine Mehrheit von ⅔ der vertretenen Stimmen erforderlich.

— Bei den am 15. und 16. März c. fortgesetzten Ziehungen der 5. Klasse der 148. hannoverschen Lotterie fielen folgende Haupt-Gewinne: 1000 Thlr. und 24,000 Thlr. auf Nr. 6333, 12,000 Thlr. auf 2030, 1000 Thlr. auf 4563 und 6045, 400 Thlr. auf 8542, 200 Thlr. auf 3651, 4404, 5513 und 13,273, 100 Thlr. auf 9936, 5490, 13,447, 9893, 5312, 5775, 1721, 13,188, 11,367 und 4790.

— Vom Vorstande des deutschen Schützenbundes ist folgendes Schreiben erlassen: Es konnte nicht ausbleiben, daß, so wie alle übrigen in Deutschland bestehenden Verbindungen, welche auf dem bisherigen Wege sich die Förderung nationaler Bestrebungen zur Aufgabe gemacht hatten, von den Ereignissen des vorigen Sommers betroffen worden sind, auch der deutsche Schützenbund, wenn er auch grundsätzlich keiner bestimmten Parteifahne folgte, in der Verfolgung seiner Ziele wenigstens für eine Zeit lang gehemmt worden, und einer gewissen Erschlaffung, der natürlichen Folge einer an gewaltigen Ereignissen reichen Zeit, erlegen ist. Um so mehr halten wir es für unsere Pflicht, die deutschen Schützen an die Aufgaben zu erinnern, welche wir uns selbst in unseren Satzungen gestellt haben. Sie sind rein national! und mag der Deutsche im Süden und im Norden über die jüngste Zeit denken wie er wolle, mag eine noch so große Verschiedenheit der Ansichten bestehen über die Mittel und Wege, mittelst welcher die Wünsche nach einheitlicher Gestaltung unserer vaterländischen Zustände zu erreichen sind, darüber herrscht kein Zweifel, daß alle Stämme unseres Volkes nur die Theile Eines großen Ganzen sind und bleiben sollen. Dieser Gedanke ist es aber auch, welcher in der Verbrüderung aller deutschen Schützen, die wir anstreben, seinen Ausdruck findet. Möge deshalb mit dem nahenden Frühlinge ein neues Leben auf den deutschen Schützenplätzen erwachen, und mögen sich die Schützen wieder zu fröhlichen Festen vereinen, um im wechselseitigen Verkehre zur Ausgleichung widerstreitender Ansichten beizutragen.

— Das „Fr. J." veröffentlicht folgendes Kabinets-Schreiben Sr. Maj. des Königs: An die ständige Bürger-Repräsentation zu Frankfurt a. M.; Der ständigen Bürger-Repräsentation zu Frankfurt a. M. eröffne Ich auf das Mir durch eine Deputation überreichte Gesuch von Mitte vorigen Monats, daß, wenngleich die Auferlegung der Kontribution gegenüber der Stadt Frankfurt a. M. nach den Grundsätzen des Kriegs- und Völkerrechts vollkommen gerechtfertigt war, da Frankfurt sich an dem die Kriegserklärung enthaltenden Beschlusse vom 14. Juni vorigen Jahres betheiligt und noch am 15. Juli den Entschluß bekundet hat, im Bündnisse mit Preußens Gegnern zu verharren: es doch nicht in Meinen landesväterlichen Intentionen liegen kann, den Wohlstand einer deutschen und nunmehr auch preußischen Stadt zu gefährden. Zur Aufklärung der Umstände, unter denen eine solche Gefährdung in Betracht kommen könnte, soll die Trennung der städtischen Einnahme-Quellen, Vermögens-Objekte und Schulden von denen des Staats auf alle Weise beschleunigt werden, wobei auch die Frage: ob die Kontributions-Schuld zu Lasten der Stadt oder des frühern Staates steht, ihre sorgfältige Erledigung finden wird. Sollte die Entscheidung dafür ausfallen, daß die Gesammtheit oder ein Theil des Kontributions-Betrages der Stadtgemeinde zur Last fällt, so werde Ich darauf bedacht sein, daß die Stadt Frankfurt nicht über das Maß hinaus belastet werde, welches mit der fortschreitenden Entwickelung ihres Wohlstandes verträglich ist. Daß letztere Mir bei einer geschichtlich und volkswirthschaftlich so hervorragenden Stadt wie Frankfurt besonders am Herzen liegt, davon wollen die Repräsentanten derselben sich überzeugt halten. Berlin, den 11. März 1867. (gez.) Wilhelm. (gez.) v. Bismarck. v. d. Heydt. Gr. Eulenburg.

Breslau, 15. März. (Sp. Z.) Die Generaldebatte des Reichstages über den Verfassungsentwurf hat auch hier in national gesinnten Kreisen tiefen Eindruck gemacht, und die Namen Miquel, Braun, Bennigsen, Vincke, vor Allem aber derjenige des leitenden Staatsmannes, sind in Aller Munde. Freilich in den Kreisen der numerisch hier weitaus überwiegenden Demokratie ist der Eindruck ein anderer; hier würde man das Scheitern auch des jetzigen Einigungsversuches nicht bedauern, da man mit dem Verfassungsentwurf prinzipiell unzufrieden ist. In der vorgestrigen Versammlung der „Städtischen Ressource" wurde dies mit anerkennenswerther Offenheit ausgesprochen, und in gleichem Sinne hätten sich die Vertreter unserer Stadt im Reichstage äußern müssen, wenn sie den Ansichten ihrer hiesigen Wähler entsprechen wollten. Beide Herren hatten sich ja auch als Redner gegen den Entwurf einschreiben lassen.

Braunschweig, 14. März. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Antrag des Abg. Höpner: „die Landesversammlung wolle Herzogl. Staatsministerium um baldige Vorlage eines Gesetzes ersuchen, durch welches den zum Reichstage des norddeutschen Bundes entsendeten drei Abgeordneten des Herzogthums die Reisekosten und angemessene Diäten bewilligt werden", ohne Diskussion angenommen, nachdem Staatsminister v. Campe bemerkt hatte, daß, falls die Landesregierung mit dem etwaigen Beschlusse der Landesversammlung sich einverstanden erklären sollte, es eines Gesetzes nicht bedürfen würde, sondern die Diäten von dem Staatsministerium ohne Weiteres würden bemessen und festgesetzt werden können.

München, 14. März. Der erste Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat sich mit allen gegen die eine Stimme des Abg. Prof. Edel für den Antrag die Aufhebung der Todesstrafe betr. ausgesprochen, und dürfte, wie die „A. A. Z." meint, nach den in den Kreisen unserer Abgeordneter herrschenden Ansichten zu schließen, anzunehmen sein, daß der Antrag auch die Mehrheit der Kammer erlangen werde. Ob sich aber die Königl. Staatsregierung, namentlich so lange Hr. v. Bomhard das Portefeuille des Staatsministeriums der Justiz verwaltet, für den Antrag erklären werde, dürfte wohl zu bezweifeln sein.

München, 16. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurden die Petitionen des Arbeitervereins um allgemeines Stimmrecht und direkte geheime Wahlen mit großer Majorität zurückgewiesen. Der Antrag auf Errichtung eines Verwaltungs-Gerichtshofes wurde vom Hause fast einstimmig angenommen.

Ausland.

Paris, 14. März. Die Dotation Lamartine's ist, wie die „Patrie" mittheilt, in der Kommission Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, namentlich sollen zwischen zwei Mitgliedern des ehemaligen Tiers-Parti sehr heftige Worte gewechselt worden sein. — Auf Antrag des Ministers des Innern hat die Kaiserin, zur Feier des bevorstehenden Geburtstages des Kaiserlichen Prinzen, die Summe von 69,000 Fr. unter 75 Anstalten für unbemittelte Wöchnerinnen in den größeren Städten Frankreichs vertheilen lassen.

— Benedetti, der französische Botschafter in Berlin, hatte vorgestern eine lange Konferenz beim Kaiser, worin letzterer ihm das Ministerium des Innern anbot. Benedetti weigerte sich jedoch, dasselbe anzunehmen: er meinte, daß er dieser Aufgabe, und besonders unter den vorliegenden schwierigen Umständen, nicht gewachsen sei. — Der heute aus Mexiko hier angekommene General Castelnau ist sofort vom Kaiser empfangen worden.

London, 13. März. Aus neuen Nachrichten von Massowah über die Gefangenen in Abyssinien geht hervor, daß eine Abschrift von dem Briefe der Königin mit Uebersetzung ins Amarische, von Mr. Flad abgesandt, gegen Mitte vergangenen Dezembers bei König Theodor eintraf, der am 19. desselben Monats die englische Abschrift den englischen Gefangenen mit Empfehlungen seinerseits zusandte. Zugleich theilte er seine Absicht mit, in Kurzem Amba selbst zu besuchen, um mit Mr. Rassam in Betreff der Antwort an die Königin Rücksprache zu nehmen. Einige Tage später traf jedoch statt dessen ein Brief, bestimmt für die englische Regierung aus dem Königlichen Lager bei den Gefangenen ein, in welchem König Theodor den Empfang des Königlichen Schreibens anzeigt. Im weiteren Verlaufe klagt er sodann, England habe ihn an die Türken verrathen und spricht darauf über die Gefangenen, die,

nach seiner Behauptung, in seinem eigenen Hause wohnen und mit allen möglichen Rücksichten behandelt werden, ohne ihrer Gefangenschaft und ihrer Ketten Erwähnung zu thun. Der Brief schließt mit dem Ersuchen, ihm die Geschenke und Handwerker zuzusenden. Mr. Rassam erhielt den folgenden Tag eine weitere schriftliche Mittheilung aus der Königlichen Residenz, worin der schwarze Potentat die größte Hochachtung vor England und seiner Regentin ausspricht und letztere mit der Königin von Saba und sich selbst mit Salomon vergleicht. Nach einem Erguß von Komplimenten wiederholt er dann seine Klage gegen Rassam, Cameron und die übrigen Gefangenen, wobei auch wieder die englische sowie die türkische Regierung ihren Antheil erhalten. Letztere besonders macht er für alle Verlegenheiten verantwortlich und schließt auch dieses Aktenstück mit dem Ansuchen, ihm die Handwerker und Geschenke von Massowah zuschicken zu wollen. Von einer Absicht, die Gefangenen in Freiheit zu setzen, verlautet in keinem der beiden Schreiben auch nur eine Andeutung.

Rom. In der Provinz Velletri hausen die Briganten ärger als je und haben mehrere Leute des Grafen Antonelli, Bruder des Kardinals, sowie den Inspektor der pontinischen Sümpfe entführt. Eine Bande, welche zu Pferde Corcella, das große Gut bei Palestrina, überfiel, fand den Gutsherrn nicht und entführte nun den Faktor, der nach drei Tagen mit Wunden bedeckt in der Campagna als Leiche gefunden ward. Ein anderer Unglücklicher, Pollini, der sich mit 6000 Skudi lösen sollte, schwebt in Todesnöthen, lebt aber noch, und es wird jetzt das Lösegeld für ihn durch milde Beiträge gesammelt; der Fürst Orsini hat sich mit 1000 Skudi an die Spitze der Sammlung gestellt.

⊙ **Aus Rußland,** 11. März. Die neuesten Veröffentlichungen aus den Berichten des Direktoriums für Volksaufklärung bringen einen Nachweis der seit der Freilassung der Bauern erstandenen Elementarschulen auf dem platten Lande. Nach diesem sind in der Zeit vom 19. Februar 1861 bis Ende des Jahres 1866, also in kaum sechs Jahren allein 18,324 Volksschulen auf Dörfern errichtet worden, wozu die Bauern ohne jeden Impuls von Seiten der Regierung die Mittel hergegeben und die Anstalten gänzlich aus eigenem Antriebe etablirt haben. Außerdem sind aber auch durch die Regierung mehr als ebenso viel Dorf- und Elementarschulen errichtet worden, so daß überhaupt in der vorbenannten Zeit von kaum sechs Jahren über 36,000 Volksschulen neu erstanden sind, deren Herstellung über 12 Millionen Rubel S. gerechnet wird. — Nach Beschluß des Central-Comité's des allgemeinen landwirthschaftlichen Vereins sollen die sogenannten Ackerschulen vermehrt und auch in ihren inneren und äußeren Einrichtungen bedeutend erweitert werden. Es sind dazu im Etat von 1867 bis 1870 jährlich 120,000 Rubel als Zuschuß ausgeworfen. — Wie man mit Sicherheit hört, wird zu den Besatzungen der südlichen Prutlinie zum künftigen Monat noch ein bedeutender Truppen-Zuzug erfolgen, und wird das Anfang Mai dort versammelt sein sollende Korps auf 60,000 Mann angenommen. — Eine abermalige Deputation der Ruthenen aus Galizien ist vom Minister Graf Gortschakoff empfangen worden. — Die Sammlungen und Geldsendungen für die für ihre Befreiung kämpfenden Griechen dauern fort und am 3. d. M. beförderte allein das Haus Maron wieder 31,580 Rubel S. nach Griechenland an eins der Unterstützungs-Comités.

Aus Konstantinopel, 11. März, wird telegraphirt: „Obschon die Meldungen von Kreta die Gerüchte von dem Elend, in dem sich die Wittwen und Waisen der im Aufstande gefallenen Christen befinden sollen, nicht bestätigen, hat die Pforte doch zwei Kommissarien dorthin gesandt, welche dafür Sorge tragen sollen, daß den Hülflosen geholfen werde."

Newyork, 25. Februar. (Wes.-Ztg.) Der „Dunderberg", das gewaltigste aller zur Zeit existirenden Kriegsfahrzeuge, machte eine Probefahrt 50 Meilen weit ins offene Meer. Bei einem Kohlenverbrauch von 60 Tonnen per Tag macht er 10½ bis 12 engl. Meilen per Stunde. Seine Steuerung erwies sich als vortrefflich. In 12½ Minuten beschrieb das Ungethüm einen vollen Kreis, dessen Peripherie ungefähr 1½ engl. Meilen maß. Seine 15zölligen Breitseite-Kanonen, deren jede über 42,000 Pfund wiegt, wurden mittelst eines von Ericsson erfundenen Apparats mit größter Leichtigkeit gehandhabt und die Erschütterung, welche das Abfeuern derselben bewirkte, war weit geringer, als man erwartet hatte. Der Erbauer Webb ist bei der Regierung um Lösung des Kontrakts eingekommen, demzufolge er nur 1¼ Mill. Dollars erhalten hatte, während ihm selbst das Schiff mehr kostet und eine europäische Regierung (Preußen?) ihm angeblich 3 Mill. (wahrscheinlich 2 Mill. Dollars in Gold) dafür geboten hat.

Pommern.

Stettin, 18. März. An dem vorgestrigen Souper zur Einweihung des „Rathskellers" nahm außer Mitgliedern der städtischen Behörden auch eine Anzahl von Bürgern Theil. Herr Stadtverordneten-Vorsteher Saunier brachte ein Hoch auf den Stadtbaurath Hobrecht aus, der die Erneuerung der Lokalität angeregt und ausgeführt, letzterer dankte mit einem Hoch auf die Stadt Stettin. Es folgten sodann Toaste auf den Magistrat, die Stadtverordneten 2c. und erst spät trennten sich die Festtheilnehmer.

— Am bevorstehenden Geburtstage Sr. Majestät des Königs wird an 58 Veteranen des Randower Kreises eine Unterstützung von je 3½ Thlr. aus Kreiskommunalmitteln verabreicht werden.

— Vorgestern und gestern sind wiederum mehrere Bettler, darunter auch Kinder, die zum Betteln angehalten worden, polizeilich festgenommen.

— Der Lehrer Albert Julius Eduard Laack ist unter Vorbehalt des Widerrufs in Friedrichsthal, Synode Alt-Stettin, angestellt.

— Den Küstern und Lehrern Arendroth in Konstantinopel, Synode Jakobshagen, und Fetting in Naumersaue, Synode Pyritz, diesem aus Anlaß seines Amtsaustritts nach 50jähriger Dienstzeit, ist der Adler der 4. Klasse des Hohenzollernschen Hausordens verliehen worden.

— In Folge einer in verflossener Nacht von zwei Arbeitern in einem Gasthofe auf der Lastadie angestifteten Prügelei, durch welche die nächtliche Ruhe gestört, wurden die beiden Ruhestörer durch eine Patrouille der Parnitzthorwache arretirt.

† **Stargard,** 17. März. Der größte Theil der männlichen Einwohnerschaft des Dorfes Zarnikow war vorgestern nach dem hiesigen Viehmarkt gezogen, als in den Nachmittagsstunden während der Fastenpredigt in dem Wohnhause des dortigen Dorfschmiedes, der selber in der Kirche war, Feuer ausbrach. Lediglich der günstigen, vom Dorfe abstehenden Windrichtung war es zu danken, daß nur das eine Haus niederbrannte und die Gemeinde vor weiterem Unglück bewahrt wurde.

* **Anclam,** 16. März. In der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Kaufmann Herr E. Silberstein zum unbesoldeten Stadtrath gewählt.

Bublitz, 15. März. Vorgestern Abend 9 Uhr sind in dem ¾ Meilen von hier belegenen Dorfe Gust, wo vor drei Wochen zwei Bauerhöfe abbrannten, wieder zwei Tagelöhnerhäuser ein Raub der Flammen geworden.

Stadt-Theater.

Der Sonnabend brachte uns „die Erzählungen der Königin von Navarra", Lustspiel von Scribe. Das Stück zählt zu den besten Arbeiten des begabten Lustspieldichters. Die Intriguen sind fein gesponnen, die Knoten der Entwickelung elegant geschürzt, die Situationen spannend, die Auflösungen überraschend. Die Rollen bieten reiche Gelegenheit die Feinheiten des Spieles vor den Augen des Publikums zu entfalten. Kurz die Wahl des Stückes verdient alle Anerkennung. Von den Darstellern spielte Herr Schreiber die Rolle des Königs Franz I. vortrefflich. Der Adel des Charakters, das Ritterliche seiner Gesinnung, die Liebe zum Vaterlande traten in edler und ergreifender Weise hervor. Auch Herr Buchholz als Kaiser Karl befriedigte uns diesmal. Dagegen ließen Herr Bethge als Minister Guatinara und Herr Reinhardt als Heinrich d'Albret in den Liebesscenen zu sehr das Feuer des Liebhabers vermissen. Frl. Walden als Margaretha, Schwester des Königs von Frankreich, zeichnete sich durch glänzende Toilette aus und gewährte einen imponirenden und schönen Anblick. Ihr Spiel war mehr belebt als früher; doch das lebendige, geistreiche Spiel einer Französin, dazu einer Dame vom Pariser Hofe des galanten und ritterlichen Franz war es nicht. Auch die Liebe zu dem Heinrich d'Albret kam nicht zur Geltung. Seit Jahren verborgen, bricht dieselbe zuletzt mit aller Gewalt hervor; von Anfang des Stückes an mußte dies Spiel der Gemüthsbewegungen sich bemerklich machen. Sehen wir von diesen Mängeln ab, so war das Spiel der schwierigen Rolle durchdacht und ansprechend. Frl. Martini spielte ihre Rolle als Isabella von Portugal ganz mit der naiven Unbefangenheit, welche dieser Rolle eigen ist.

(Eingesandt.)

Schon in früheren Jahren ist es zur Sprache gekommen, wie wenig entsprechend am hiesigen Orte die Straßen-Kanäle angelegt sind, und welche ungesunden Dünste namentlich einzelne Reservoire derselben verbreiten, in denen die verschiedenen Auswurfsstoffe sich ansammeln resp. ablagern. Diese Uebelstände sind je nach den lokalen Verhältnissen in so widerwärtiger und der Gesundheit nachtheiligen Weise aufgetreten, daß auf den Nothschrei der davon zunächst Betroffenen die zuständigen Behörden bereits von den Mißständen Kenntniß genommen haben, dem Uebel selbst ist aber bis jetzt nicht abgeholfen worden. — Seit den Verheerungen, welche im vorigen Jahre die Cholera-Epidemie in einzelnen Revieren unserer Stadt angerichtet, hat man nun diesen Mißständen wieder von Neuem Aufmerksamkeit gewidmet, seitdem durch den verdienstvollen, von unserm verehrten Medizinal-Rath Dr. Göden erstatteten „offiziellen Bericht über die Cholera-Epidemie in Stettin im Jahre 1866" schlagend nachgewiesen ist, daß die Beseitigung der Kloaken in den Straßen-Kanälen dringend geboten sei. — Eine der schlimmsten derselben befindet sich vor dem Hause Frauenstraße Nr. 52. In diese münden 4 verschiedene Kanäle ein, dort werden die Auswurfsstoffe durch das heiße Lutterwasser einer nahe belegenen Destillation förmlich aufgekocht, und die daraus sich entwickelnden mephytischen Dünste verbreiten sich zum Schrecken der Bewohner der ganzen Umgegend. — Technische Schwierigkeiten walten nach dem Urtheile der Sachverständigen nicht ob, diese vier Kanäle direkt in die Oder zu leiten, — welche bislang, — die sämmtlichen Häuser und Höfe auf ihrer Tour nach dem Bollwerke — verpesten. Da nun gegenwärtig die Junkerstraße verbreitert und neu regulirt werden soll, da bereits zu diesem Behufe eine Parzelle vom Artillerie-Zeughofe Seitens der Stadt angekauft ist, so würde bei der Regulirung der Straße auch diejenige des Kanalsystems sehr leicht zu bewerkstelligen und die hervorgehobenen Uebelstände — ohne Schwierigkeiten — zum Nutz und Frommen aller Bewohner vorbezeichneten Gegend zu beseitigen sein.

Vermischtes.

— (Eine Wahlanekdote.) In einem Orte Oberkärntens setzte bei der Wahl für den Landtag eine Partei alle Hebel in Bewegung, um ihren Kandidaten durchzubringen, sogar Kranke wurden an den Wahlplatz geschleppt. Trotz alledem erzielte man nur Stimmengleichheit. Was thun? Rathlos stehen die Parteiführer da. Da plötzlich tritt ein Wähler näher, flüstert etwas in den bestürzten Kreis und — wie mit einem Zauberschlage erheitern sich die Mienen. Von Mund zu Mund geht der Ruf: „Ja, der Schmied muß auch noch stimmen!" Eine Deputation wird geordnet, die den Mann, gemäß seiner Gewohnheit, in etwas heiterem Zustande antrifft. Die Hände in die Hüften gestemmt und nicht wenig von seiner Wichtigkeit eingenommen, hört derselbe das Anliegen der Deputation an und — lehnt dasselbe schließlich in urkräftigen Worten ab. Man verlegt sich aufs Bitten. Lange bleiben auch diese fruchtlos. Da endlich schreit der Mann: „Ich thu's, aber unter einer Bedingung: Man darf mich 14 Tage hindurch — aus keinem Wirthshause hinauswerfen."

Neueste Nachrichten.

Hannover, 16. März, Nachmittags. Bei der Nachwahl im 14. hannoverschen Wahlkreise (Celle) ist der Obergerichtsrath Planck mit 6035 Stimmen zum Reichstage gewählt worden.

Im 15. hannoverschen Wahlkreise (Uelzen) wurde Dr. Eichholz mit 10,847 Stimmen in den Reichstag gewählt. Der Gegenkandidat Roscher erhielt 3095 Stimmen.

Brüssel, 16. März, Abends. Ein Telegramm der „Independance" aus Wien meldet, Frankreich, England und Oesterreich seien übereingekommen, der Pforte den Rath zu ertheilen, Kandia an Griechenland abzutreten. Die bezügliche Erklärung sei bereits erfolgt.

Paris, 16. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ergriff der Staatsminister Rouher das Wort zur Beantwortung der Interpellation Thiers. Der Staatsminister äußerte im Wesentlichen: Die Regierung habe in ihrer auswärtigen Politik keineswegs Fehler begangen; Frankreichs Beziehungen zu allen Mächten seien durchaus freundschaftlicher Natur, wie denn zwischen den Mächten das beste Einvernehmen und nirgends feindselige Gesinnungen herrschten. Man habe keinen Grund, irgend welche Unruhe zu hegen. Frankreich sei nur damit beschäftigt, die Entwickelung des nationalen Gedeihens und Wohlstandes zu fördern. Auf Deutschland übergehend, erklärte der Minister, der ehemalige deutsche Bund sei Frankreich in höherem Grade unbequem gewesen, als das gegenwärtige Deutschland. — Jules Favre, welcher nach Rouher das Wort ergriff und sich namentlich über die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland aussprach, warf im Laufe seiner Rede die Frage auf, weshalb die Regierung eine gesetzliche Reorganisation der Armee für nothwendig gehalten habe, wenn die politische Situation in der That so sei, wie Herr Rouher ausgeführt habe. — Die Debatte über die Interpellation wird am Montag fortgesetzt werden.

Belgrad, 17. März. Gestern Abend langte hier ein Courier der türkischen Regierung aus Konstantinopel an, welcher die auf die Räumung Belgrads bezüglichen Depeschen überbringt.

Petersburg, 17. März. Das Journal de St. Petersbourg sagt, Ollivier's Rede besprechend: Die deutsch-französische Freundschaft ist für uns nicht beunruhigend; wir wünschen dieselbe aufrichtig, kein Russe will dieselbe stören. Wenn Deutschland stolz auf die Zuvorkommenheit ist, womit französische Redner dasselbe sollicitiren, so wird es eben so wenig wie Rußland glauben, daß hiedurch seine Beziehungen sich weniger günstig zu einem stets befreundeten, in der Zeit der Gefahr verbündeten Reiche gestalten.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Hamburg, 17. März. Wie versichert wird, ist der Legationsrath v. Kamptz, bisher Gesandter in der Schweiz, designirt, den nach Stockholm gehenden Frhrn. v. Richthofen als preußischen Gesandten bei den Hansestädten zu ersetzen.

London, 17. März. Aus Newyork vom 16. d. wird gemeldet: Der Senat von Louisiana zeigt sich der Annahme der Rekonstruktionsbill geneigt, indem er die Verfassungsmäßigkeit derselben anerkennt.

Wollbericht.

Berlin, 16. März. In den abgelaufenen vier Wochen hat sich die gedrückte Stimmung im Wollgeschäft nicht verändert und die Baisse bei stillem Geschäft Fortschritte gemacht. Erst in der letzten Woche können wir von einigen bedeutenderen Umsätzen sprechen. Von Kammwollen sind circa 3000 Ctr. umgegangen, wobei etwa 1500 Ctr. russische Rückenwäschen von guter Qualität zu 56—58 Rt. und etwa 1500 Ctr. vorpommersche und mecklenburgische Wollen zu 64—66 Rt., welche Preise einen Rückgang von 3—4 Rt. gegen letzten Oktober konstatiren. Von Tuchwollen können ebenfalls etwa 3000 Centner gehandelt sein, wovon 2500 Ctr. auf diesseitige, inländische Fabrikanten fallen, die zu gedrückten Preisen Manches kauften und auch jetzt nach eben beendeter Frankfurter Tuchmesse im Markte thätig sind. Etwa 500 Ctr. sind an rheinische Händler und Fabrikanten in besseren Gattungen gleichfalls zu gedrückten Preisen abgesetzt, so daß der Gesammtumsatz sich auf circa 6000 Ctr. beläuft. Vorräthe haben sich auf ungefähr 40,000 Ctr. ermäßigt. — Die Frankfurt a. M. Tuchmesse war im Ganzen mittelmäßig und viel Waare daselbst angehäuft, wovon die östlichen Provinzen Vieles kauften, während die Exporteurs und süddeutschen Käufer sich ruhig verhielten. Das Resultat war für verschiedene Fabrikate von einander sehr abweichend; für Musterstoffe günstig, für glatte Waare aber äußerst schlecht wegen des fehlenden Absatzes nach Amerika, und konnten solche nur mit großen Verlusten verkauft werden. Das Kontraktgeschäft für die nächste Schur ruht seit längerer Zeit gänzlich.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. März. Witterung: klare Luft. Temperatur: + 3° R. Wind: O.

An der Börse.

Weizen anfangs höher, schließt matter, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82—88 Rt. bez., feiner 87—88pfd. 89 Rt. bez., geringer 74 bis 82 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 86, 85½ Rt. bez., Mai-Juni 85½ Rt. Br, Juni-Juli 85½ Rt. bez., 85¾ Rt. Br., Septbr.-Oktober 80 Rt. bez.

Roggen etwas höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 53—56 Rt. bez., Frühjahr 53¼ Rt. bez., 53½ Rt. Br., Mai-Juni 53½ Rt. Br. u. Gd., Juni-Juli 54 Rt. Br., Juli-August 53 Rt. bez. u. Br.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30½ Rt. bez., vorpomm. Abladungen 31 Rt. Br.

Rüböl höher bezahlt, loco 11⅓ Rt. Br., April-Mai 11¼ Rt. bez., Mai $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., September-Oktober $11\frac{11}{12}$ Rt. bez., 12 Rt. Br.

Spiritus etwas höher bezahlt, loco ohne Faß $16\frac{11}{24}$ Rt. bez., mit Faß $16\frac{7}{24}$ Rt. bez., ohne und mit Faß im Verbande 16⅜ Rt. bezahlt, Frühjahr 16⅜ Rt. Gd., Mai-Juni $16\frac{7}{12}$ Rt. Gd., Juni-Juli 16⅚ Rt. Br., September-Oktober und Oktober-November im Verbande 16¾ Rt. bez.

Berlin, 18. März, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 100¼ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137¾ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95 Br. Oesterr. National-Anleihe 55¼ bez. Pomm. Pfandbriefe 89½ bez. Oberschles. Eisenbahn-Aktien 187½ bez. Amerikaner 6% 77⅛ bez.

Roggen März 56, 55½ bez., Frühjahr 54⅞ bez., 54¾ Gd., Mai-Juni 54⅞, 54¾ bez. Rüböl loco $11\frac{7}{12}$ Br., März $11\frac{7}{12}$ bez., ½ Gd., April-Mai 11⅝, ⅔ bez., Septbr.-Oktober $11\frac{11}{12}$ bez. Spiritus loco $17\frac{1}{12}$ bez., März-April 16⅔ bez., ⅝ Gd, April-Mai 16⅔, ¾ bez., Mai-Juni $16\frac{19}{24}$, ⅚ bez.

Stettin, den 18. März.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143¾ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24⅝ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	6 23⅛ bz	Pr. National-V.-A.	4	115 B
Paris	10 Tg.	81¼ G	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	—	Pomerania	4	116 B
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	102 bz
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	650 B
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	100¼ G	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
"	5	—	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
" "	4	89½ G	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	85 B
" Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	—
" "	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	95 G	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	98 G	Gemeinn. Bauges.	5	—